

I. Präambel

Die Mitglieder der Wahlinitiative setzen sich für grundlegende Reformen der IHK-Organisation ein. Dazu gehört auch die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft, die wir für ein historisches Relikt halten, das nur schlecht in eine demokratische Gesellschaft und zu einer modernen Selbstverwaltung der Wirtschaft passt.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass über die Frage der Zwangsmitgliedschaft vor Gericht oder im Bundestag entschieden wird. Daher wollen wir uns vor Ort in der IHK Kassel-Marburg auf das konzentrieren, was wir hier beeinflussen können.

II. Wahlziele/Grundverständnis

1. Wir wollen auf die Zwangsbeiträge verzichten! Das wird nicht über Nacht möglich sein. Aber eine deutliche Reduzierung ist auch kurzfristig realistisch. Die Umstellung auf eine freiwillige Beitragserhebung und die freiwillige Finanzierung über eine Leistungserbringung halten wir mittelfristig für erreichbar. Man muss das natürlich wollen. Wir wollen das!
2. Schluss mit Selbstbedienung und Verschwendung. Wir wollen eine Begrenzung der Vergütung der Hauptgeschäftsführung auf maximal 120.000,00 Euro p.a.! z.Z.t. bekommt die Hauptgeschäftsführerin 228.000,00 Euro. Das ist deutlich mehr als der hessische Ministerpräsident und ca. das Doppelte des Gehaltes des Kasseler Oberbürgermeisters. Die IHK braucht ein deutlicheres Kostenbewusstsein. Es kann nicht sein, dass statt ernsthafter Sparbemühungen einfach die Zwangsbeiträge angehoben werden (teilweise mehr als 70 Prozent von 2015 - 2017). Neben der Begrenzung des Gehaltes der Hauptgeschäftsführung wollen wir daher auch die Zahl der Geschäftsführer deutlich verringern.
3. Wir wollen das Millionenvermögen der IHK an die zurückgeben, die dafür gearbeitet haben. Die Mitglieder. Nach wie vor hortet die IHK Kassel-Marburg mehr als 14 Millionen in kurzfristig verfügbare Einlagen. Wir sagen: das Geld gehört den Mitgliedern. Mehr „Vermögen“ als das IHK-Gebäude und zwingend gebildete Rückstellungen braucht die IHK nicht.
4. Wir wollen, dass mit den notwendigen geringen Mitteln nicht spekuliert wird. Nach dem Schock eines Verlustes mehrerer Hunderttausend Euro, die die IHK in Island verspekuliert hatte, galten einige Jahre strengere Regeln für die Geldanlage. Seit 2016 darf die IHK wieder Geld in Hochrisiko-Anlagen parken. Dazu sagen wir: Nein! Mitgliedsbeiträge werden nicht gehortet und mit ihnen wird nicht spekuliert!

5. Wir wollen mehr Demokratie in der Kammer! Die Vollversammlung bezeichnet sich als „Parlament der Wirtschaft“. Selbst die einfachsten parlamentarischen Regeln werden dort heute missachtet. So werden z.B. die Vertreterinnen und Vertreter der IHK in überregionalen Gremien nicht von der Vollversammlung gewählt, sondern in Hinterzimmern bestimmt, wie auch die Suche nach der amtierenden Hauptgeschäftsführerin. Wir wollen die undemokratischen Kooptationen (Zuwahlen in die Vollversammlung abschaffen) und in der IHK eine selbstverständliche Beachtung von demokratischen Mindeststandards sichern.
6. Wir wollen mehr Transparenz in der IHK. Es gehört zu den Erfolgen der letzten Jahre, dass die Sitzungen der Vollversammlung auch der Öffentlichkeit zugänglich sind. In vielen Bereichen aber fehlt es an der notwendigen Transparenz. So galt es als Vertrauensbruch, dass Mitglieder unserer Initiative den Plan der Beitragserhöhung im Jahr 2017 veröffentlichten, bevor das fest beschlossen war. Mitwirkung braucht Transparenz und keine Geheimniskrämerei.
7. Wir wollen eine IHK, die maßvoll und ausgewogen die Positionen der Mitglieder artikuliert. Es muss Schluss sein mit dem Abwinken von Positionspapieren, die ohne große Debatten durch die Vollversammlung gewinkt werden. Bei der Erarbeitung inhaltlicher Positionen müssen die Mitglieder wirklich beteiligt werden. Eine intensive und zugespitzte Interessenvertretung ist Sache der Verbände und nicht der IHK.
8. Wir wollen, dass die IHK ihre Kernaufgaben definiert und sich auf ihre Erfüllung konzentriert. Die IHK ist kein Verband und kein Unternehmen!
9. Gut 90 Prozent der IHK-Mitglieder sind kleine Unternehmen mit bis zu 10 Mitarbeitern. Wir meinen, die IHK muss sich stärker für diese kleinen Firmen einsetzen!
10. Den Schatz der Dualen Ausbildung wahren und stärken. Die IHK Kassel-Marburg tut viel für die berufliche Ausbildung. Hier sehen auch wir eine Kernaufgabe für die Zukunft.